

Stand: 20.04.2026 07:59:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21166

"Subsidiarität Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG COM (2021) 851 final BR-Drs. 27/22"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21166 vom 16.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21284 des BU vom 22.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/21328 vom 23.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 23.02.2022



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Dr. Stephan Oetzing, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder** CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG

COM (2021) 851 final

BR-Drs. 27/22

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG; COM (2021) 851 final; BR-Drs. 27/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar ist es nachvollziehbar, dass eine Angleichung der Strafvorschriften in den Mitgliedstaaten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Delikten der Umweltkriminalität und die effektive Durchsetzung des Umweltrechts der Union verbessern kann.

Der Richtlinienvorschlag geht allerdings aufgrund der detaillierten und tiefgreifenden Vorgaben über das Erforderliche weit hinaus und kann sich insoweit nicht auf eine Kompetenznorm der Europäischen Verträge stützen:

- Die Etablierung einer strafrechtlichen Produktverantwortlichkeit geht weit über das Umweltstrafrecht hinaus und ist nicht notwendig. In Deutschland bestehen mit den allgemeinen Regelungen insbesondere zu den Tötungs- und Körperverletzungsdelikten ausreichende Maßnahmen.
- Der Vorschlag sieht umfangreiche Vorgaben zu konkreten Sanktionsformen, Maßnahmen neben der eigentlichen Kriminalstrafe und zur Strafzumessung vor. Dies greift ohne Notwendigkeit tief in die Sanktionssysteme der Mitgliedstaaten ein.

Ein Bedürfnis für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die effektive Durchsetzung des Unionsumweltrechts besteht jedoch nicht. Auch in der Sache bestehen erhebliche Bedenken etwa gegen die richterliche Aufsicht über Unternehmen.

- Auch die vorgeschlagenen Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit an Strafverfahren sind nicht erforderlich für die Erfüllung der Ziele der Richtlinie. Das deutsche Strafrecht sieht bereits ausreichende Drittbeteiligungsmöglichkeiten vor. Eine Kompetenz für einen derartigen Eingriff in die mitgliedstaatliche Regelungskompetenz besteht nicht.

Vor allem aufgrund dieser konkreten und tiefgreifenden Vorgaben würde die Richtlinie erheblich in das strafrechtliche System der Mitgliedstaaten eingreifen. Ein solcher Eingriff wiegt umso schwerer, weil es sich bei der verfassungsrechtlich sensiblen Strafrechtspflege um eine zentrale Aufgabe staatlicher Gewalt handelt. Der Landtag ist der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vereinbar ist. Für einen derartigen Eingriff besteht keine Kompetenzgrundlage.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/21166

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG
COM (2021) 851 final
BR-Drs. 27/22

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Martin Huber**
Mitberichterstatter: **Hep Monatzeder**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 22. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger, Dr. Stephan Oetzing, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie

2008/99/EG

COM (2021) 851 final

BR-Drs. 27/22

Drs. 18/21166, 18/21284

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG; COM(2021) 851 final; BR-Drs. 27/22, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar ist es nachvollziehbar, dass eine Angleichung der Strafvorschriften in den Mitgliedstaaten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Delikten der Umweltkriminalität und die effektive Durchsetzung des Umweltrechts der Union verbessern kann.

Der Richtlinienvorschlag geht allerdings aufgrund der detaillierten und tiefgreifenden Vorgaben über das Erforderliche weit hinaus und kann sich insoweit nicht auf eine Kompetenznorm der Europäischen Verträge stützen:

- Die Etablierung einer strafrechtlichen Produktverantwortlichkeit geht weit über das Umweltstrafrecht hinaus und ist nicht notwendig. In Deutschland bestehen mit den

allgemeinen Regelungen insbesondere zu den Tötungs- und Körperverletzungsdelikten ausreichende Maßnahmen.

- Der Vorschlag sieht umfangreiche Vorgaben zu konkreten Sanktionsformen, Maßnahmen neben der eigentlichen Kriminalstrafe und zur Strafzumessung vor. Dies greift ohne Notwendigkeit tief in die Sanktionssysteme der Mitgliedstaaten ein. Ein Bedürfnis für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die effektive Durchsetzung des Unionsumweltrechts besteht jedoch nicht. Auch in der Sache bestehen erhebliche Bedenken etwa gegen die richterliche Aufsicht über Unternehmen.
- Auch die vorgeschlagenen Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit an Strafverfahren sind nicht erforderlich für die Erfüllung der Ziele der Richtlinie. Das deutsche Strafrecht sieht bereits ausreichende Drittbeteiligungsmöglichkeiten vor. Eine Kompetenz für einen derartigen Eingriff in die mitgliedstaatliche Regelungskompetenz besteht nicht.

Vor allem aufgrund dieser konkreten und tiefgreifenden Vorgaben würde die Richtlinie erheblich in das strafrechtliche System der Mitgliedstaaten eingreifen. Ein solcher Eingriff wiegt um so schwerer, weil es sich bei der verfassungsrechtlich sensiblen Strafrechtspflege um eine zentrale Aufgabe staatlicher Gewalt handelt. Der Landtag ist der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vereinbar ist. Für einen derartigen Eingriff besteht keine Kompetenzgrundlage.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Petra Guttenberger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Subsidiarität
 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG
 COM (2021) 851 final
 BR-Drs. 27/22
 Drs. 18/21166, 18/21284 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Gemeinsam für saubere Luft –
Abdeckungen für bestehende Güllelagerbehälter fördern
Drs. 18/18993, 18/21200 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Langzeitarbeitslosigkeit genauer in den Blick nehmen
Drs. 18/19181, 18/21134 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerischen Energieatlas zeitnah aktualisieren
Drs. 18/19222, 18/21147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Modellversuch Wirtschaftsschule ab der 5. Klasse
Drs. 18/19291, 18/21153 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jetzt ein starkes Bündnis für gute Ganztagsbildung in Bayern schaffen
Drs. 18/19348, 18/21154 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Parkraum effektiv nutzen, Gebührenhöhe den Kommunen überlassen
Drs. 18/19367, 18/20669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sichern –
3G sofort und flächendeckend umsetzen
Drs. 18/19379, 18/21135 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwicklung der Bienenpopulation
Drs. 18/19382, 18/21138 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliches Engagement durch Stiftungen weiter steigern
Drs. 18/19396, 18/21198 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern. Günstige Stromversorgung sicherstellen:
Bayerische Kernkraftwerke weiterlaufen lassen
Drs. 18/19398, 18/21150 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Chancengleichheit an Hochschulen wiederherstellen
Drs. 18/19400, 18/21156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner AfD
Soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen garantieren –
Kein Impfwang durch die Staatsregierung!
Drs. 18/19547, 18/21137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Arif Tasdelen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a.
und Fraktion (SPD),
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a.
und Fraktion (FDP)
Bedarfsgerechte Jugendarbeit und Jugendhilfe
in Bayern sichern – verlässlichen Rahmen für die Arbeit
des Bayerischen Jugendrings schaffen
Drs. 18/19548, 18/21199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Petra Högl,
Alexander Flierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fördersätze bei den investiven Förderprogrammen
Drs. 18/19550, 18/21201 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Die Reinigung von Unterkünften den Asylbewerbern auferlegen
Drs. 18/19577, 18/21146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Wissenschaftskommunikation an bayerischen Hochschulen –
Qualität statt Quantität!
Drs. 18/19585, 18/21158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. AfD
Energie für Bayern.
Stromversorgung sicherstellen: Blackout-Krisenplan vorbereiten
Drs. 18/19632, 18/21149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag Klimaställe/Offenfrontställe
Drs. 18/19741, 18/21145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib,
Doris Rauscher u.a. SPD
Freiversuche an allen Hochschulen im Wintersemester 2021/2022
Drs. 18/19763, 18/21160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>